

# **PROTOKOLL, AUFGENOMMEN BEI DER POLITISCHEN BEZIRKSVERWALTUNG IN KARLSBAD AM 23. AUGUST 1920 ÜBER DIE NÄHERE REGELUNG EINZELNER IN DEM INTERNATIONALEN VERTRAGE VON BRÜNN DTTO. 7. JUNI 1920 BEHANDELTEN FRAGEN**

Anwesend:

1. Seitens der österreichischen Regierung:

Ministerialrat Dr. GEORG FROEHLICH, der Staatskanzlei, und  
Sektionschef Dr. FRANZ HEINZ, des Unterrichtsamtes.

2. Seitens der tschechoslowakischen Regierung:

Professor Dr. HOBZA, Chef der juristischen Sektion im Ministerium des Aeussern;  
Dr. MILOSLAV VALOUCH, Sektionsrat im Ministerium für Schulwesen und  
Volksaufklärung;  
Dr. EDUARD JELEN, vom Ministerium des Aeussern.

Nach Erörterung der in Betracht kommenden Fragen am gestrigen und heutigen Tage werden folgende Abmachungen festgelegt, welche zugleich mit dem zwischen der Republik Oesterreich und der Tschechoslovakischen Republik in Brünn abgeschlossenen Verträge in Krafttreten:

1. Die tschechoslovakische Regierung ist bereit, die an den staatlichen Volksschulen im Süden des alten Staates Oesterreich angestellt gewesenen Lehrer deutscher Nationalität, die in einer Gemeinde des tschechoslovakischen Staates heimatsberechtigt und in diesen zurückgekehrt und dormalen ohne Stellung sind, auf entsprechende Dienstposten unter Einrechnung ihrer bisherigen Dienstzeit (D. i. der im ehemaligen Oesterreich zugebrachten Dienstzeit) zu übernehmen, sofern nicht gegen die Uebernahme einer oder der anderen dieser Lehrpersonen besondere Bedenken obwalten. Soweit solche Lehrpersonen schon bisher in den tschechoslovakischen Schuldienst übernommen wurden, wird die Einrechnung der Dienstzeit im obigen Sinne durchgeführt werden.

2. Die tschechoslovakische Regierung sagt zu, dass die österreichischen Lehrpersonen (Professoren), welche sich um im tschechoslovakischen Staate ausgeschriebene Lehrstellen bewerben, die Bewerbung gegen spätere Erwerbung der Staatsbürgerschaft gestattet, falls sie eine bis zum Inkrafttreten des vorzitierten internationalen Vertrages von Brünn im alten oder im neuen Staate Oesterreich erworbene Lehrbefähigung nachweisen, wobei die im Punkte 1. niedergelegten Grundsätze Anwendung finden. Die österreichische Regierung verpflichtet sich zur Gegenseitigkeit.

3. Die österreichische Regierung ist bereit, die Bestimmung des Artikels 17, zweiter Absatz, des mehrbezogenen Vertrages von Brünn so zu handhaben, dass als Leiter der privaten Schulen und Erziehungsanstalten mit tschechoslovakischer Unterrichtsprache in der Republik Oesterreich, die innerhalb der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages von Brünn errichtet werden, während des ersten Schuljahres jeder solcher neu errichteten Schule auch Personen zugelassen werden können, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, sofern bei der österreichischen Regierung, welcher die Entscheidung über jeden solchen Fall vorbehalten ist, keine besonderen Bedenken gegen den betreffenden Schulleiter bestehen. Dieselbe Bestimmung gilt auch für die Belassung oder Neubestellung von Schulleitern nicht österreichischer Staatsbürgerschaft bei den

rechtmässig schon bestehenden Privatschulen für das erste Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages von Brünn. Doch soll die Anzahl der Schulleiter nichtösterreichischer Staatsangehörigkeit nicht die Hälfte aller Schulleiter der tschechoslovakischen privaten Schulen und Erziehungsanstalten in Oesterreich übersteigen.

4. Seitens der beiden vertragsschliessenden Regierungen wird zugesagt, dass bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Brünn keinerlei Vorschriften erlassen werden, welche den Bestimmungen dieses Vertrages nicht entsprechen, was jedoch die in Oesterreich bereits ergangene Vollzugsanweisung über den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Option betrifft, so darf auch durch deren Bestimmungen jenen des Vertrages von Brünn, sobald dieser in Kraft tritt, nicht vorgegriffen werden. In diesem Zeitpunkt wird die österreichische Regierung die Unterbehörden entsprechend anweisen.

Ueber die Frage der Anerkennung der Gültigkeit der im alten Staate Oesterreich erworbenen Zeugnisse und Diplome in den beiden vertragsschliessenden Staaten ohne Rücksicht auf den Ort der Erwerbung sind beide Regierungen bereit, in der nächsten Zeit Verhandlungen zu führen, um hierüber ein Abkommen zu erzielen.

Die Vertreter der tschechoslovakischen Regierung geben zu Protokoll, dass die tschechoslovakische Regierung die baldige Ratifizierung des Vertrages von Brünn schon aus dem Grunde für äusserst dringend ansieht, weil die Verträge von Saint-Germain mit Oesterreich und mit der tschechoslovakischen Republik bereits seit 16. Juli I. J. in Kraft stehen, und die eheste Regelung der durch sie geschaffenen Staatsbürgerschaftsverhältnisse im Interesse der beiden Staaten sowie aber auch der beteiligten Personen liegt. Die tschechoslovakische Regierung erwartet daher die eheste Ratifizierung des Vertrages von Brünn nach der Fertigung dieses Protokolles.

Geschlossen und gefertigt:

KARLSBAD, am dreiundzwanzigsten August eintausend neunhundert zwanzig.

Für die Tschechoslovakische Republik:  
Prof. Dr. HOBZA.

Für die Republik Oesterreich:  
Dr. GEORG FROEHLICH

Copie certifiée conforme.  
Chef des archives du Ministère des Affaires Etrangères  
de la République Tchéco-Slovaque:

(signé) Dr. JAN OPOČENSKY.

[Quelle: League of Nations, Treaty Series, Vol. 3, 1921, p.226-228.]